

Farbige Bojen statt Wiffen
In den grösseren Flüssen Deutschlands wird der schiffbare Bereich mit roten und grünen Tonnen markiert. / 17

Gestern im Rat

Vorsitz:
Andreas Frei (SP, Stein am Rhein)

» Der Kantonsrat hat ein neues **Wirtschaftsförderungsgesetz** in der ersten von zwei Runden beraten.

» **Klima** zum Ersten: Das Parlament hat länger über die Orientierungsvorlage der Regierung zur **Klimaanpassung** im Kanton diskutiert.

» **Klima** zum Zweiten: Passend zum Klimabericht der Regierung hat das Parlament einen Vorstoss beraten (und abgelehnt), mit welchem dringend **konkrete Massnahmen** gefordert wurden.

Informationsleck? Präsident kritisiert die GPK

Hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) Informationen an die Medien weitergegeben, obwohl sie dies nicht durfte? Um diese Frage ging es gestern ganz zum Schluss der Sitzung. Kantonsratspräsident Andreas Frei (SP, Stein am Rhein) warf der GPK vor, letzte Woche vorzeitig Informationen über ihre Anträge zum Budget an die SN weitergegeben zu haben (vgl. SN vom Samstag).

Dies sei unzulässig, monierte der Präsident. Es liege ja noch nicht einmal ein Bericht vor. «Das ist eine Rüge, das müssen Sie so stehen lassen!», sagte er.

GPK-Präsident Walter Hotz (SVP, Schaffhausen) wehrte sich. Die GPK habe beschlossen, dass sie die Informationen auf Anfrage weitergebe. Deshalb weise er die Rüge des Präsidenten zurück. Aufgrund des Sitzungsendes kamen weitere Personen dann nicht mehr zu Wort. (zge)

Sätze zur Situation

Andreas Frei, Ratspräsident (SP):
«Ich habe zwar eine Glocke. Ich möchte sie aber nicht alle fünf Minuten benutzen müssen.»
Bis auf eine Absenz war der Kantonsrat gestern vollzählig anwesend. Entsprechend hoch war bisweilen der Lärmpegel, was dem Ratsvorsitzenden gar nicht gefiel.

Daniel Preisig (SVP, Schaffhausen):
«Ich will Sie ja nicht belästigen, aber ...»
Er liess mit seiner Forderung, das Wirtschaftsförderungsgesetz einer obligatorischen Volksabstimmung zu unterstellen, nicht locker.

Hans Ulrich Graf (SVP, Oberhallau)
«Das ist der Klassiker: Die Verantwortung einfach dem Regierungsrat in die Schuhe schieben. Jeder von uns kann und soll seinen Beitrag leisten. Ob Greta oder Peter, jeder kann etwas tun.»
Zum Klimawandel und zur Frage, wer nun tätig werden soll.

Herbert Hirsiger (SVP, Neuhausen)
«Wenn ich heute nach vier Stunden die Ratssitzung verlasse, hat sich die Bevölkerung in der Schweiz um 30 Personen erweitert.»
Demografisches Rechnen. Wobei Korrelation nicht mit Kausalität zu verwechseln ist.

Ernst Sulzberger (GLP, Schaffhausen)
«Ich kann es sehr kurz halten, weil ich beim Thema bleibe.»
Kleiner Seitenhieb an jene, die gerne ganz gross ausholen.

Klimafragen im Kantonsrat

Was sind die Risiken – und die Chancen – des Klimawandels für unsere Region? Diese Frage hat die Regierung in einem Bericht untersucht. Dafür hat sie Lob erhalten. Das Parlament ortet im Report aber auch Schwächen.

Zeno Geisseler

Ist der Klimawandel nun menschengemacht oder nicht? Diese Frage, die für viele gar keine ist, hat die Regierung mit ihrem Bericht zur Klimaanpassung elegant umschifft. Der Report beschäftigt sich nämlich einzig damit, was die möglichen Folgen, negative wie auch positive, des Klimawandels für den Kanton Schaffhausen sind, und wie der Kanton darauf reagieren soll (die SN berichteten).

Gestern ist der Bericht im Rat diskutiert worden. Weil es sich um eine Orientierungsvorlage handelt, musste das Parlament nicht darüber abstimmen. Dennoch wurde rasch klar, dass der Bericht mehrheitlich wohlwollend aufgenommen würde – und zwar durchaus nicht nur auf der links-grünen Ratsseite. «Für einmal kann man der Regierung einen Kranz winden», sagte etwa Herbert Hirsiger (SVP, Neuhausen). «Schon 2011 wurde der erste Bericht zur Klimaanpassung erstellt. Mit dem Bericht von 2019 wird dieser wichtige Bereich nun weitergeführt.»

Todesgefahr? Klicken Sie hier!

Trotzdem gab es auch Kritik. Zum Beispiel, wie sowohl die FDP wie auch die AL-Grüne-Fraktion monierten, beim Thema Gesundheit. Die Regierung schrieb im Bericht nämlich, es sei wegen Hitzewellen mit zusätzlichen Hospitalisierungen und gar Todesfällen zu rechnen. Ein akutes, ernst zu nehmendes Problem also. Doch als einzige Massnahme schlug die Regierung vor, auf der Kantonswebsite einen Link zu Empfehlungen zum Umgang mit der Hitze des Bundesamts für Gesundheit zu setzen.

Aus AL-Grünen-Sicht ebenfalls ein Problem war, dass der Bericht grundsätzlich nicht über Massnahmen gegen den Klimawandel spricht, sondern nur darüber, wie auf die Folgen reagiert werden soll, wie Anna Naeff (AL, Schaffhausen) sagte. Ihre Fraktion nehme den Bericht enttäuscht zur Kenntnis, sagte sie.

Ein weiterer Kritikpunkt war das Thema Energie. SVP-Mann Hirsiger sagte, es sei mit wenig Aufwand möglich, die Stromausbeute aus der Wasserkraft um 15 Prozent zu steigern. Dies sei aus rechtlichen Gründen aber derzeit nicht möglich. Urs Capaul (Grüne, Schaffhausen) kritisierte, dass im Bericht das Thema Energie generell vernachlässigt worden sei.

Ganz grundsätzlich wurde Walter Hotz (SVP, Schaffhausen). Er brachte einen Punkt ins Spiel, der auf bürgerlicher Seite immer wieder angeführt wird: dass der Staat nicht



Folgen des Hitzesommers 2018: Käferholz im Kanton Schaffhausen.

ARCHIVBILD ZENO GEISSELER



«Für einmal kann man der Regierung einen Kranz winden.»

Herbert Hirsiger
SVP, Neuhausen

einfach immer alles vorgeben solle. «Ich möchte mal hören, dass das Prinzip der Eigenverantwortung und der Freiwilligkeit im Vordergrund stehen!», sagte er.

Jetzt kommt eine Klimastrategie

Walter Vogelsanger (SP), zuständig für die Klimafrage im Regierungsrat, betonte, dass dieser Bericht nicht das letzte Wort zum Thema Klima gewesen sei. «Die Regierung will nun eine Klimastrategie erarbeiten, die einen Überblick gibt mit Schwerpunkten und Lücken. Wir wollen dabei von anderen Kantonen lernen, die schon weiter sind», sagte er. Bis Anfang 2020 solle die Stossrichtung festgelegt sein, bis im Herbst 2020 soll die Strategie dann vorliegen.

Postulat zum Klima abgelehnt

Eng mit dem Klimabericht der Regierung verzahnt war ein Postulat von Patrick Portmann (SP, Schaffhausen) und Irene Gruhler Heinzer (SP, Stein am Rhein). Sie forderten konkrete Massnahmen zur Bewältigung des

Klimawandels. Weiter ging es ihnen unter anderem darum, die Gemeinden einzubeziehen und zu erfahren, welche Ressourcen diese Aufgaben binden. Zu diesen Aufgaben gehört ihrer Ansicht nach zum Beispiel eine Beratung und Unterstützung der privaten Immobilienbesitzer – diese seien gefordert, oder sogar überfordert, sagte Gruhler Heinzer.

Regierungsrat Vogelsanger zeigte Verständnis für die Haltung der Postulanten, verwies aber auf die Klimastrategie, an welcher die Regierung arbeite. In dieser würden diverse Forderungen aufgenommen.

Diese Argumentation kam auf der linken Ratsseite weniger gut an, in der Mitte hingegen schon. «Die Regierung hat nicht geschlafen», sagte Rita Flück Hänzli (CVP, Neuhausen). Sie selbst habe das Postulat seinerzeit auch unterschrieben, aber jetzt, wo der Kanton an der neuen Klimastrategie arbeite, mache die Überweisung keinen Sinn, das führe nur zu Doppelspurigkeiten.

Die Ratsmehrheit sah es genau so. Mit 33 zu 26 Stimmen wurde das Postulat abgelehnt.

Der Kantonsrat will Start-ups gezielt fördern

Einigkeit herrscht bei der Stossrichtung eines erweiterten Wirtschaftsförderungsgesetzes. Fragezeichen gibt es noch, ob das Volk über den Kreditrahmen von 20 Millionen Franken für zehn Jahre mitentscheiden darf.

Mark Liebenberg

In einem Punkt sind sich gestern alle Fraktionen im Schaffhauser Kantonsrat einig: Die seit 2001 betriebene Wirtschaftsförderung durch den Kanton ist eine Erfolgsstory und soll auch in der nächsten Dekade weitergeführt werden. Dazu brachte es eine gesetzliche Grundlage, die gestern in erster Lesung den Rat passiert hat.

Mit den Instrumenten der Wirtschaftsförderung, vor allem den sogenannten einzelbetrieblichen Fördermassnahmen, sei für den Standort Schaffhausen viel erreicht worden, hiess es gestern von allen Seiten. Die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit

bestehender Unternehmen, die unterstützt wurden, konnte gestärkt werden, und damit knapp 3280 Arbeitsplätze erhalten werden. Dank der Fördermassnahmen konnten diese Betriebe zusätzlich rund 770 neue Arbeitsplätze schaffen. Damit wurden Investitionen ausgelöst und die Steuereinnahmen des Kantons schnellten in den letzten Jahren nach oben.

Den Fokus neu legen will nun das erweiterte Wirtschaftsförderungsgesetz für die Periode 2020 bis 2029 auf die bisher nicht gesondert geregelten Start-up-Unternehmen, also Firmen, die noch in der Startphase sind. Sie sollen in den Genuss von Unterstützungsbeiträgen kommen können, sofern – so das erweiterte Gesetz – «dadurch im Kanton bestehende Arbeitsplätze erhalten, neue geschaffen, die Innovationskraft gestärkt oder die Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird.»

Im Grundsatz herrschte Einigkeit. Zwei Änderungsanträge kamen jedoch von der Alternativen Liste. Matthias Frick (AL, Schaffhausen) bemängelt, dass man oft nicht wisse, in welche Pro-

jekte genau die Fördermassnahmen fliessen. «Hier braucht es mehr Transparenz», forderte er. Und wollte einen Passus einbauen, der die Empfänger verpflichtet, die Verwendung der Gelder «in allgemein verständlicher Form» offenzulegen.

Nur klimafreundliche Projekte?

Das sei gar «gefährlich», argumentierte die Ratsmehrheit und lehnte die Idee mit 41 zu 15 Stimmen ab. Die Konkurrenz schlafe schliesslich nicht, und wenn die Firmen publik machen müssen, an welchen Ideen sie arbeiten, hätten sie unter Umständen einen massiven Nachteil.

Marianne Wildberger (AL, Schaffhausen) wiederum regte einen Klimazusatz an, der die Förderung davon abhängig machen würde, ob die Empfängerprojekte mit den Zielsetzungen der Klimaneutralität und Emmissionsarmut übereinstimmen. Auch das lehnte der Rat ab, mit 36 zu 19 Stimmen. Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt versicherte: «Sie können davon ausge-

hen, dass nur Projekte gefördert werden, die zukunftsfähig sind, und der Nachhaltigkeit verpflichtet.»

Die beiden Anregungen werden aber in einer zweiten Lesung noch einmal thematisiert werden. So geht es auch dem Anliegen von Daniel Preisig (SVP, Schaffhausen). Er forderte, dass das Wirtschaftsförderungsgesetz zwingend in Form eines Finanzreferendums vors Volk kommen muss, weil damit ein Kreditrahmen von maximal 20 Millionen Franken für die kommenden zehn Jahre gesprochen werde. «In Reden zum 1. August loben wir unsere Referendumsdemokratie, wir sollten sie aber an den anderen 364 Tagen im Jahr leben», sagte Preisig.

Technisch handelt es sich aber hier um eine Gesetzesänderung, die lediglich eine qualifizierte Mehrheit im Kantonsrat benötigt. Die einzelnen Tranchen bewilligt der Rat jährlich in der Budgetberatung. Die Frage konnte gestern verfassungsrechtlich nicht gelöst werden – auch sie wird in der vorbereitenden Kommission noch einmal vertieft abgeklärt.